

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **ML. 1,60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Sonntag, den 27. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 25. Januar 1895.

23. Sitzung.

Präsident von Lesebom eröffnet Nachmittags 2 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. von Büttcher, Nieberding.
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt.

Staatssekretär der Reichsjustizkanzlei Nieberding. Diese Vorlage und diejenigen über die Verhältnisse in der Schifffahrt bilden einen Theil des bürgerlichen Gesetzbuchs. Wir haben es für nöthig gehalten, diese Abschnitte vorweg zu nehmen, weil die Fertigstellung des großen bürgerlichen Gesetzbuchs noch nicht absehbar zu erwarten ist und die Wünsche der Interessenten immer dringender werden. In der That giebt es kaum ein Rechtsgebiet, auf dem so große Rechtsungleichheiten herrschen, wie auf dem der Binnenschifffahrt. Das Recht der letzteren ist bisher stückmütterlich behandelt worden und man spricht nicht mit Unrecht von einer Rechtsunordnung. Schon bei Emanation des Handelsgesetzbuchs hatte man die Nothwendigkeit eines Binnenschifffahrtsgesetzes anerkannt, seitdem haben sich die Verhältnisse in einer ungeahnten Weise geändert, der Verkehr auf den Flüssen und Kanälen hat sich um mehr als das Doppelte gesteigert. Daran schon allein erklärt sich der Wunsch der Interessenten nach einer Regelung der Rechtsverhältnisse für den Binnenverkehr. Das Vorgehen auf diesem Wege wurde uns erleichtert durch die Vorarbeiten, welche Vereine und Handelskammern bereits geschaffen hatten. Wir haben es aber für nöthig gehalten diese Grundlagen, die wir acceptirten einer Versammlung von Interessenten zu unterbreiten und durch Veröffentlichung den Entwurf zur allgemeinen Kenntniss zu bringen. Die Beurtheilung ist im Allgemeinen eine günstige gewesen. Man hat vor Allem anerkannt, daß wir bemüht gewesen sind, die Interessen der kleinen Schifffahrt nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Auf Einzelheiten will ich heute nicht näher eingehen. Der Entwurf bezieht sich auf die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse und geht nur in 2 Punkten über diesen Rahmen hinaus. Wir haben es für nöthig gehalten, die Verhältnisse der Schiffsmanufaktur nach den Gesichtspunkten zu regeln, die der Gewerbeordnungsnovelle zu Grunde gelegen haben. Wir haben aber andererseits dem Schiffseigner gegen böswilliges Verlassen des Fahrzeuges seitens der Mannschaft einen gewissen Schutz zugeben müssen. Wir haben ferner eine Bestimmung eingeführt, die uns ermächtigt, den Befähigungsnachweis für Schiffsführer auch da einzuführen, wo er noch nicht besteht. Es entspricht dies einem aus Mildererkenntnissen dringend geäußerten Wunsche. Ich bitte Sie den Entwurf wohlwollen zu prüfen und durch rasche Erledigung desselben, dem öffentlichen Wohl einen Dienst zu erweisen.

Abg. L e t o c h a (Zentrum), auf der Tribüne sehr schwer verständlich, erkennt an, daß die Vorlage im Ganzen dem auf dem letzten Binnenschifffahrt-Kongress geäußerten Wünschen entspreche. Sie sei im Allgemeinen den Bestimmungen des Seerechts angepaßt, werde aber auch den Interessen der Kleinschifffahrt gerecht. Im Centralverein für Fluss- und Kanalschifffahrt hätten die kleinen Schiffe Gelegenheit gehabt, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Wo sich Schifferversammlungen gegen die Vorlage ausgesprochen hätten, wie in Charlottenburg, sei das eine Folge sozialdemokratischer Agitation.

Abg. R i c k e r t (frei. Verein.) erkennt das Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Binnenschifffahrt an, würde es aber für verfehlt halten, die Regelung der Materie zu überstürzen. Vor allem sei noch Zeit genug, die Wünsche der kleinen Schiffe noch eingehender zu berücksichtigen. Das werde die Aufgabe der Kommission sein. Zu erwägen werde diese auch haben, auf welche Personen die Bestimmungen über die Haftpflicht ausgedehnt werden sollen, ob insbesondere Frau und Kinder des Schiffers für den Schaden haftbar sind, wenn sie dem Manne oder Vater im Dienst unterstehen. Für einen Mangel halte er es ferner, daß der Staat für den Fehlschlag eines Bootes nicht eintreten solle. Genau zu prüfen wäre ferner die Bestimmung, daß ein Schiffsmann, der sich dem Antritt oder der Fortsetzung seines Dienstes rechtswidrig entzieht, von der Polizei zur Erfüllung seiner Pflicht soll angehalten werden können. Zur Einführung des Befähigungsnachweises liege in der Weichselgegend und dem ganzen Osten keine Veranlassung vor, es seien auch niemals dahin zielende Wünsche zum Ausdruck gebracht worden.

Staatssekretär N i e b e r d i n g erwidert, es liege nicht in der Absicht, den Befähigungsnachweis etwa nach dem Urtheil der Verwaltungsbefehden einzuführen, der Bundesrath werde vielmehr die unter den Schiffsfahrts-Interessenten herrschende Stimmung beachten. Jedenfalls werde der Befähigungsnachweis nur nach Maßgabe des Bedürfnisses eingeführt werden. Ob Frau und Kinder zu den Angehörigen gehörten, müsse in jedem einzelnen Falle entschieden werden.

Abg. W a s s e r m a n n (natl.) begrüßt den Entwurf freudig, da eine Regelung der Materie dringend notwendig sei. Aber man müsse die Verhältnisse der Kleinschifffahrt mehr berücksichtigen, als es in dem Entwurfe geschehe. Nach verschiedenen Richtungen seien die kleinen Schiffe ungünstiger gestellt, als die großen. Neben bittet die Kommission, zu erwägen, ob nicht die Frage der Dienstbücher mit geregelt werden könne. Die polizeiliche Zurückführung von Schiffen, die ihrer Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, können seinen Beifall nicht finden. Den Befähigungsnachweis halte man am Rhein für durchaus notwendig, da dort das Gewerbe sehr gefährlich ist.

Abg. Dr. Freyher von Langen (kons.) vermisst in dem

sonst dankenswerthen Entwurf Maßnahmen zur Hebung der Schifffahrt, die zu sehr vom Kapitalismus ausgenutzt werde. Kapitalisten, Mitglieder von Handelskammern, hätten ja vornehmlich an den Vorberathungen theilgenommen und es gäbe doch wahrlich noch geeigneter Sachverständige für die Schifffahrt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die kleinen Schiffe seien daher auch in dem Entwurf viel zu wenig berücksichtigt. Firmen, wie Casar Woltem und Emanuel Friedländer, die die oberdeutschen Kohlenreviere beherrschten, hätten Alles, um den kleinen Schiffen das Leben sauer zu machen. Für diese enthalte das neue Gesetz sehr große Härten und werde es in dieser Form angenommen, so werde es nur neuen Anlaß zur Unzufriedenheit geben. Auch auf diesem Gebiete müsse endlich das deutsche Recht zur Geltung kommen. Er begrüße deshalb im Gegensaß zum Abg. Rickert den Befähigungsnachweis sowohl im Interesse der Unfallverhütung, wie der Unfallversicherung. Er befürworte ferner die obligatorische Sonntagsruhe im Schifffahrtsgewerbe. Er bedauere, daß den Interessenten der Entwurf nicht rechtzeitig unterbreitet worden sei; diese hätten so nicht Zeit gehabt, sich eingehend zu äußern. Er beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Staatssekretär N i e b e r d i n g erwidert, die Regierung habe alle Interessentenkreise zur Vorberathung des Entwurfes zugezogen, ihn auch vor längerer Zeit veröffentlicht. Die Interessenten hätten also genügend Gelegenheit gehabt, ihre Wünsche zu äußern. Die Regelung der Sonntagsruhe gehöre in die Gewerbeordnung.

Abg. G e r i c h t (S.D.) bei den Schiffen herrsche die Meinung, daß sie nicht genügend in diesem Entwurf gehört worden seien. Wegen die übergroße Haftung des Schiffers haben schon mehrere Redner Bedenken geäußert; ich theile diese Bedenken, es ist zum Mindesten ein Unrecht gegenüber dem Großkapital, wenn man den Kleinschiffen in dieser Weise Verpflichtungen auferlegt. Aus Schiffsreisen ist vielfach auch darüber Beschwerde geführt worden, daß ihnen durch die Verschiedenartigkeit der Bureaustunden bei den Behörden oft ein ganzer Tag verloren geht. Die Lösch- und Ladezeiten, die Entschädigungen für die Liegezeit sind auch nicht so geregelt, daß alle diese obengenannten Ungerechtigkeiten ausgeschlossen wären. Genau ebenso verhalte es sich auch bei den Bestimmungen für Be- und Entladung. Für seine Fracht, seine Mähe muß der Schiffer entschädigt werden, auch wenn ihm kurz vor dem Ziele ein Unglück widerfährt. Was die polizeiliche Zurückführung in den Dienst betrifft, so sind wir der Meinung, daß es durchaus nicht nöthig ist. Jemanden erst durch die Polizei zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten, wenn dem Arbeiter, dem Bootsmann, also den Leuten, die hier unter die Schiffsmanufaktur fallen, eine angemessene gute Behandlung zu Theil wird, wenn sie begahnt werden in Löhnen, wie es sich gehört, dann wird es gar nicht erst der Beförderung bedürfen, um die Leute auf ihre Arbeitsstelle zurückzuführen, sie werden froh sein, wenn sie Beschäftigung haben. Dem Schiffseigner wird das Recht der Zurückführung eingeräumt, dem unrichtmässig Entlassenen aber wird kein Recht dem Arbeitgeber gegenüber eingeräumt. Der Schiffsmann mag sehen, wie er zu seinem Rechte kommt. Die Oberhoheit der Schiffseigner geht in dem Entwurf zu weit. Der Schiffsmann kann nicht einen freien Tag für sich beanspruchen. Zu dem Entwurf fehlt der Hinweis, daß die Schiffe unter den Bestimmungen der Gewerbeordnung stehen und das Koalitionsrecht besitzen. Bei Einführung der Seemannsordnung hat man das auch unterlassen. Der Gerichtsstand muß besser geregelt werden, als der Entwurf es thut, die Schiffsmanufaktur muß größeren Schutz gegen Ausbeutung zu privater Arbeit gewährt werden. Wir schließen uns dem Antrage auf Kommissionsberathung an, weil das Gesetz durch seine gegenwärtige Form nicht nur alle alten Mißstände behebt, sondern noch neue Verschlechterungen und Erschwerungen neu einführt. Wir hoffen auf eine Verbesserung in der Kommission, und auf ein Gesetz, das den Interessen der Schiffsmanufaktur entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Weiterberathung vertagt.
Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen außerdem Vorlagen betr. die Gewerbebeziehung und Erhebung von Zollzuschlägen auf aus Spanien einzuführende Waaren.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Kommission zur Berathung der Umsturzvorlage

trat gestern Vormittag 10 Uhr unter Vorsitz des Abgeordneten Büttcher (N.) zu ihrer dritten Sitzung zusammen.

Zur Geschäftsordnung bemerkte R i n t e l e n (Z.), es möge bei Anberaumung der Sitzung Rücksicht genommen werden auf die jetzt ebenfalls tagende Justizkommission.

Der V o r s i t z e n d e erklärt, das solle geschehen unter der Voraussetzung, daß die Kommission zur Berathung der Umsturzvorlage wöchentlich drei Sitzungen abhalte.

Die Debatte über § 111 a wird fortgesetzt.

Dr. B a r t h (Fp.) hat beantragt, im § 111 a: 1) die §§ 124 und 253 zu streichen, 2) die §§ 201, 202, 205 vor 240 einzufügen, 3) statt der Worte „anpreißen“ oder „als erlaubt darstellt“, zu setzen: „in der Absicht anpreißen oder als erlaubt darstellt, dadurch zur Begehung der bezeichneten strafbaren Handlungen aufzureizen.“ (Der § 111 a handelt von der Verherrlichung von Verbrechen, die mit den betreffenden Paragraphen im Strafgesetzbuch besonders aufgeführt werden. Nach dem Antrage Barths sollen „Vandfriesbruch“ und „Erpreßung“ aus der Liste fortfallen, dagegen das Verbrechen der Herausforderung zum Zweikampf in dieselbe eingefügt werden.)

G r e i g und G e n o s s e n beantragen, den § 111 a wie folgt zu fassen: „Gegen denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines in den §§ 115, 124, 125, 166, 167, 172, 205, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen anpreißen oder als rühmlich darstellt, um zu deren Begehung aufzureizen, finden die Strafvorschriften Anwendung, die nach § 111 Absatz 2 für den Fall der Aufforderung zur Begehung einer solchen strafbaren Handlung gelten.“

B o l t z (N.) beantragt, den § 111 a wie folgt zu fassen: Die

Strafvorschriften, die nach § 111 Absatz 2 für den Fall der erfolglosen Aufforderung gelten, finden auch gegen denjenigen Anwendung, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen, oder eins in den Paragraphen vorgesehenen Vergehen unter Umständen anpreißen oder als erlaubt darstellt, die geeignet sind, Andere zur Begehung solcher strafbarer Handlungen anzuregen.

Dr. B a r t h (Fp.) bemerkt, er stehe dem Gedanken dieses Paragraphen nicht durchaus ablehnend gegenüber, doch müsse durch eine präzisere Fassung verhindert werden, daß er als Ausnahmebestimmung gegen irgend eine politische Partei, die in der Opposition stehe benutzt werden könne. Es ist Thatsache, daß hauptsächlich in den Kreisen der herrschenden Parteien Verbrechen eine Verherrlichung erfahren. So habe z. B. von Bucha in der letzten Kommissions-Sitzung zum „Fall Kirchhoff“ erklärt: Jeder anständige Mann müsse unter gegebenen Umständen so handeln, wie dieser. Wissenschaftliche Kritik und künstlerische Leistungen müßten allerdings gegen mißbräuchliche Anwendung des Strafgesetzbuchs in unzweifelhaftester Weise geschützt werden.

Abg. v o n B u c h a (Dous.) erwidert, er habe die vom Vordrucker Meißner nicht in der Absicht gethan, um zu Verbrechen aufzureizen. Er müsse freilich zugeben, mit dieser Aeußerung etwas zu weit gegangen zu sein. Neben beklagt sich sodann über das in weiten Kreisen herrschende Mißtrauen gegen den Richterstand, das seinem Dasein noch ganz ungerechtigt ist. Niemand in der Welt gebe es unparteiischere Richter als gerade in Deutschland.

Abg. V e b e l (Sozd.) Die Bedeutung des § 111 a erkennt man erst, wenn man die Motive nachliest. Hiernach wäre die Rechtfertigung der That des Generals Kirchhoff schon strafbar. Geh. Rath von Sedendorf hat zwar gesagt, die wissenschaftliche Forschung solle nicht darunter fallen, aber die Richter urtheilen nicht nach dem, was hier die Regierungsvertreter sagen, sondern wie sie es auffassen. Die Richter sind auch nur Menschen und beurtheilen, ohne es zu wissen und ohne es zu wollen, politische Anklagen von ihrem Klassen- und Parteistandpunkt. Wie die Entwidlung der Gedanken beeinflusst, beweist die Stellung der Nationalliberalen zu dieser Vorlage 1875 und jetzt. Selbst ein bekannter Richter hat einmal zugegeben, daß die Urtheile oft von Laune, Willkür und Zufall abhängig sind. Es wird behauptet, der Dolus muß vorhanden sein zur Verurtheilung; ob aber der Dolus vorhanden ist, entscheidet der Richter. Dieselbe Aeußerung, die ein Professor ungefragt machen kann, wird strafbar wenn sie in einer Volksversammlung gemacht wird. Ein Vortrag über die französische Revolution kann durch diesen § bestraft werden. Zur Begründung des § wurde angeführt, daß die „Freiheit“ die Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten einen Mord genannt Nun hat aber nicht allein die „Freiheit“, sondern auch der Gouverneur Altgeld in seiner Motivierung der Begnadigung, die Verurtheilung einen Justizmord genannt. Das Auflagematerial der Staatsanwälte wird die herrschenden Klassen davor schützen, daß sie nicht angeklagt werden. In eine Reihe von Beispielen, von Ausprüchen nationalliberaler Dichter und Politiker beweist Vebel, daß diese Leute Ausprüche gethan haben, die unter § 111 a fallen würden.

Staatssekretär N i e b e r d i n g: Die Rechtfertigung der That Kirchhoff's würde nicht unter diesen § fallen, weil sie nicht öffentlich vor einer Menschenmenge gemacht ist. Der Thäter darf entschuldigt werden, nur die That darf nicht angepreisen werden. Es soll kein Gesetz gemacht werden, das sich ausschließlich gegen Sozialdemokraten richtet, auch der Professor kann gefaßt werden. In dem erwähnten Wibe des „Wahren Jafos“ kann man nicht ohne Weiteres eine Storisifikation erkennen. Es ist ein zweideutiges Wibe. Der Nachdenkende wird keine Storisifikation darin erkennen, aber der Gebauenslose kann zur entgegengelegten Ansicht kommen. Die Anträge Barths und des Zentrums sind für die Regierung unannehmbar. Die jetzige Fassung muß angenommen werden, weil sonst der Staatsanwalt niemals in der Lage wäre, die verbrecherische Absicht nachzuweisen. Wir wollen die indirekte Aufforderung unter Strafe stellen. Werden die Anträge Barth und Greiß angenommen, dann habe der § und damit das ganze Gesetz kein Interesse mehr für die Regierung.

Abg. S p a h u (Z.) stellt eine Aenderung des Antrages Greiß in Aussicht.

Abg. F r e y h e r v o n S t u m m (Np.) ist der gleichen Ansicht wie die Regierung.

Abg. B e n z m a n n (fr. Fp.): Zur Verteidigung der Vorlage verweist man auf die Lidentheorie. Aus demselben Grunde hat man das Dynamitgesetz geschaffen. Dieses Gesetz beweist, wie vorsichtig man sein muß. Von zehn, welche auf Grund dieses Gesetzes verurtheilt werden, müssen neun begnadigt werden, weil sie Handlungen begangen haben, die der Gesetzgeber nicht treffen wollte. Daß Richter ein und dieselbe Straftat verschieden aufassen, beweist Redner an Urtheilen, welche verschiedene Gerichte über ein und denselben Zeitungsartikel gefällt haben. Die Regierung wollen, nach den Erklärungen der Herren Köller und Nieberding, mit diesem Paragraphen moralisch und erziehlisch wirken. Dieses ist aber nicht der Zweck der Gerichte. Erziehen soll der Lehrer, der Pastor, der Agitator. Der Richter soll begangene Verbrechen bestrafen. Die Anträge Barth und Greiß sind überflüssig. Er könne höchstens dazu kommen, für diese Anträge zu stimmen, weil die Regierung erklärt hat, daß durch Annahme dieser Anträge das ganze Gesetz fällt. Er wird aber gegen alle Anträge und auch gegen den Paragraphen stimmen.

Abg. M u n d e l (fr. Fp.): Er habe lange gewartet, seine Meinung zu sagen, weil er erwartet habe, daß man sagen würde, was strafbar sein solle. Das sei aber bis jetzt nicht gesagt worden. Man sage immer, der Richter werde das Recht schon finden. Das ist die Moral des Landknechts, der Alles todtschlug, weil er glaubte, der Herrgott werde die Keher schon finden. Nach Ansicht des Herrn Nieberding soll ein Redner und ein Schriftsteller sogar dafür bestraft werden, wenn er von einem Dummkopfe mißverstanden wird. Wenn es nicht möglich ist, daß Strafbare und das Erlaubte zu unterscheiden, dann solle man die Gesetzmacherei unterlassen.

Abg. Dr. B a r t h verteidigt seinen Antrag.
Abg. R i n t e l e n (Z.): Wenn die Regierungen versprechen

hätten, daß energische Maßregeln getroffen würden, um die Schule zu einer christlichen zu machen, dann würde das Centrum der Vorlage glühender gegenüberstehen. Mit Erfolg kann man nur wirken, wenn man auf allen Gebieten wirkt.

Staatssekretär Nieberding macht einige Verbeugungen gegen das Centrum.

Geh. Rath von Seedenborff erklärt, die Regierung würde den „Wahren Jakob“ nicht als Material vorgelegt haben, wenn sie die Nummer gesehen hätte.

Darauf wird die Debatte auf Montag Vormittag 10 Uhr verlegt.

Schluß 2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Beschluß der Umsturzkommission von Mittwoch bedeutet einfach die Ablehnung des 111 in der Fassung der Vorlage. Der Absatz 1, welcher angenommen wurde, ist einfach der Absatz 1 des jetzt bestehenden Strafgesetzes und fand deshalb von keiner Seite Widerspruch; auch von unserer Seite nicht. Der Absatz 2, der eine Verschärfung des geltenden Rechts darstellt (Aufforderung zu strafbaren Handlungen solle mit Gefängniß bis zu einem Jahr, statt, wie heute, nur bis zu sechs Monaten, bestraft werden, Aufforderung zu Verbrechen gar mit Gefängniß bis zu drei Jahren), wurde abgelehnt.

Der Kuhhandel ist im Schwunge. Nachdem Herr Gröber als politischer Tabuleträger im Reichstage das Jesuitengefäß als Tauschgegenstand angeboten hat, fordert Bachem im preussischen Abgeordnetenhaus die Wiederherstellung der katholischen Abtheilung des Kultusministeriums, die dem Kulturkampfe zum Opfer gefallen ist. Die Volksrechte sind es, um die sich das Schachergeschäft dreht.

Hans Blum quält sich auch weiterhin auf sechs Spalten der „Magd. Btg.“ ab, den Beweis zu erbringen über Beziehungen des Generals Boulanger zu deutschen Sozialdemokraten. Sogar die Opposition der Sozialdemokratie gegen das Septennat im Jahre 1887 führt Hans Blum auf Bestrebungen von Boulanger zurück. Uns sind die Ausführungen Blums so polizeiwidrig dumm, die Schlüsse die er zieht, so anmaßend, daß wir gern verzichten, darauf einzugehen. Wer Roth brüht, besudelt sich. Eugen Richter spricht sogar noch einmal sein abfälliges Urtheil aus. Er meint: „Es ist kaum jemals im Parteikrieg eine so willkürliche Verläumdungskombination wie in diesem Falle gemacht worden. Ein Blatt wie die „Magd. Btg.“ hätte sich nicht zum Abdruck dieses Geschreibsels hergeben dürfen. Das einzige, was aus den Kombinationen von Hans Blum als Thatfache übrig bleibt, ist die Behauptung, daß der „Vorwärts“ im Januar 1887 an seiner Spitze Quittungen gebracht hätte über die aus Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie für Reichstagswahlen eingelaufenen Beiträge. Wie hoch waren denn diese Beiträge? Hans Blum ist also der Meinung, daß der „Vorwärts“ über Bestechungsgelder des Generals Boulanger öffentlich quittirt hat. Das ist doch gar zu dumm erfunden.“ Jawohl erfunden; das trifft den Nagel auf den Kopf.

Die Parteistreitigkeiten in Solingen scheinen durch den rheinischen Provinzial-Parteitag, der dieser Tage in Duisburg getagt hat, hoffentlich auf immer beigelegt zu sein. Die Solinger Delegirten gaben persönlich und jeder durch seine Unterschrift ihr Einverständnis mit folgender Erklärung kund:

- 1) Die „Bergische Arbeiterstimme“ ist das anerkannte Partei-Organ des Kreises Solingen. Die Genossen sind verpflichtet, das Organ zu unterstützen und müssen alle Publikationen in partei-politischer Beziehung in demselben erfolgen.
- 2) Jeder der nachbenannten Genossen verpflichtet sich, für Hebung der politischen Organisation einzutreten. Nur politisch organisirte Genossen dürfen Vertrauensämter bekleiden.
- 3) Genosse Schuhmacher und die übrigen Delegirten erklären, für diese Forderungen in öffentlichen Versammlungen einzutreten.
- 4) Die „Bergische Arbeiterstimme“ dagegen verpflichtet sich, die von ihr gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Schuhmacher erhobenen Anschuldigungen zurückzunehmen, über die Versammlungen u. s. w. objektive Berichte zu bringen, die Gewerkschaftsbewegung im Kreise Solingen nach Kräften zu fördern und gemäß dem Erfurter Programm für unsere Ziele zu wirken.

Göbel. Martin. Schallbruch. Aprath. Reef. Leven. Bohmar. Lange. Franken. Schuhmacher.

Lübeck und Umgegend.

26. Januar.

Sitzung der Senatskommission für Angelegenheiten der Armenverbände vom 24. Januar 1895. Der Ortsarmenverband Travemünde klagt gegen den Ortsarmenverband Gneversdorf auf Ersatz für geleistete Armenunterstützung an die unverehelichte B. in Travemünde. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die B. hat 4 uneheliche Kinder und wandte sich dieserhalb an die Armenverwaltung in Travemünde um Unterstützung, da sie allein nicht im Stande war, ihre Kinder zu ernähren. Die Unterstützung wurde auch gewährt. Der Ortsarmenverband Travemünde forderte nun aber von dem Ortsarmenverband Gneversdorf die Rückerstattung mit dem Hinweis, daß die Unterstützte vom 1. November 1887 bis zum No-

vember 1889, also 2 Jahre ununterbrochen in Gneversdorf in Dienst gewesen ist, sich hier also ihren Unterstützungswohnfiß erworben hätte. Der Ortsarmenverband Gneversdorf machte dagegen geltend, daß die B. im Jahre 1887 das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, sich also nach dem zu dieser Zeit noch gültigen Gesetze über den Unterstützungswohnfiß von 1862 denselben in Gneversdorf nicht erwerben konnte. Beklagte ist der Meinung, daß das Gesetz über den Unterstützungswohnfiß vom 12. März 1894, wonach der Unterstützungswohnfiß schon mit dem vollendeten 18. Lebensjahre erwirkt wird, keine rückwirkende Kraft habe. Die B. hatte nach Meinung der Beklagten ihren Unterstützungswohnfiß noch in dem Wohnorte der Eltern, also in Travemünde. Der Entscheid der Kommission ging dahin: Der Ortsarmenverband Travemünde wird mit seiner Klage abgewiesen und hat den beklagten Verband die baaren Auslagen zurück zu erstatten. Die von der Gemeinde Gneversdorf geltend gemachten Gründe wurden als stichhaltig angesehen.

Umsturz und Sozialdemokratie. Mit dem soeben erschienenen zweiten Hefte der von der Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ herausgegebenen stenographischen Verhandlung des Reichstages über die Umsturzvorlage ist die interessante und werthvolle Agitationschrift abgeschlossen. 256 Seiten umfassen die beiden Hefte. Wir wünschen, daß das 2. Heft ebenso eifrig von unseren Genossen verbreitet wird, wie das erste Heft, daß auch von diesem viele Zehntausende in's Land gehen und damit beweisen, wie überaus schwächlich die Gründe unserer Gegner, wie werthlos ihr Material ist. Wer die Schrift liest, wird, welcher Partei er auch angehören mag, sich der Ueberzeugung nicht entschlagen können, daß hinter dem ganzen Geschrei nach Umsturzgesetz nichts Anderes steckt, als die Sehnsucht der Ausbeuterparteien nach Knebelgesetzen gegen die wirtschaftlichen und politischen Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse.

Das brasilianische Vize-Konsulat macht bekannt, daß Mittheilung der brasilianischen Gesandtschaft in Berlin der Minister der inneren Angelegenheiten in Rio de Janeiro die deutschen Offiziere seuchenfrei erklärt hat, und demnach alle, seit dem 12. d. M. aus denselben abgegangene Schiffe in Brasilien nach vorhergegangener strenger Gesundheits-Visite anlegen können.

Auch ein Beweis für die Unentbehrlichkeit der stehenden Heere. Dieser Tage rückte eine Abtheilung des hiesigen Bataillons zu einer — Übung aus. Die Waffen waren allerdings mit einem „Apparat“, welcher zum „Bangemachen“ dient, vertauscht. Nur die Probentel, jedenfalls das unentbehrlichste Uniformstück, führten unsere Brüder in Waffen mit sich. Wie wir hören, haben sie als Jagdtreiber fungirt. Wie nun die „E. Z.“ meldet, fand die Jagd in der Nähe von Schlutup statt und zwar gehören die Jagdgründe Herrn Major v. Linsingen. Wenn die Soldaten Treiber spielen müssen, darf man sich allerdings nicht wundern, wenn in gewissen Kreisen die Verkürzung der Dienstzeit für un-durchführbar gehalten wird.

Stadttheater. In dem Lustspiel „Wo die Alten jung“ giebt Herr Le Seur den Fürsten Leopold, Fr. Reichenbach die Ameliese, Herr Dr. Senger den Erbprinz Gustav, Frau Krüger-Kofke die alte Hüterin Hanne und Herr Schöneberger den Brauherrn und Viertelmeister Christian Herte.

Der Pferdefleischkonsum in Lübeck. Auf den Hund ist zwar der Lübecker Fleischkonsum innerhalb der Jahre 1888—92, von denen uns eine Statistik vorliegt, noch nicht gekommen, wohl aber ist der Verbrauch an Pferdefleisch im Vergleich zu anderen Städten immerhin sehr bedeutend. Ein Beweis, daß die wirtschaftliche Lage des Proletariats hier am Orte durchaus nicht rosig ist; denn mit der Verminderung des Einkommens sinkt auch der Fleischkonsum. Erwägt man, die allen Deutschen sozuzugewandene starke Abneigung gegen Pferdefleisch, so ist einleuchtend, daß nur große Noth im Stande ist, diese zu überwinden. Ziehen wir den Pferdefleischverbrauch der Mittelstädte unter 100,000 Einwohner in Betracht, so wurden pro 100 Einwohner in Götting 16,7, Metz 9,9, Kiel 8,9, Lübeck 7,4, Frankfurt a. D. 6,7, Dortmund 6,5, Duisburg 6,4, Rassel 6, Essen 4,8, Wiesbaden 4,5, Karlsruhe 4,2, Augsburg 3,7, Mannheim 3,4, Erfurt 2,3 Pferde geschlachtet. Lübeck marschirt also schon an vierter Stelle. Das ist recht bedeutsam für die Lage des vierten Standes am hiesigen Orte.

Gestohlene Gut. In der Zeit vom 16.—18. d. M. sind hieselbst verschiedene Männer-Wäscheartikel (wollene Hemden, Unterhosen, Strümpfe, Blousen) von einem Schlachtergesellen zum Verkauf gebracht und demnach beschlagnahmt worden. Die unbekanntenen Eigenthümer der offenbar gestohlenen Sachen werden aufgefordert, sich baldigst in der Kanzlei der Staatsanwaltschaft zu melden.

15 Kronen wurden einem schwedischen Matrosen in einer Wirthschaft an der Untertrave gestohlen.

Diebstahl. Einem Dienstknechte, der bei einem Bäckermeister vor dem Mühlenthore in Stellung steht, wurde ein Portemonnaie mit 11,05 Mk. gestohlen; schon 14 Tage vorher waren ihm ebenfalls 2,50 Mk. weggenommen. Der Dieb ist jetzt in einem arbeitslosen Bäckergesellen aus Ludwigswalde ermittelt. Man fand bei ihm noch ein Portemonnaie mit 2,95 Mk. vor und außerdem eine für das gestohlene Geld gekaufte Reisetasche. Der Bäcker hat mittelst Nachschlüssel zwei Mal den Koffer des Knechtes geöffnet und sich das gestohlene Gut angeeignet.

Trens. Den neulich aufgeführten Lokalen, in denen der „Volksbote“ ausliegt, ist noch die Gastwirthschaft von C. M. Kühn hinzuzufügen. Wir ersuchen, die Lokalliste um diesen Namen zu vervollständigen.

Reidendorf. Von der Gemeindeversammlung hieselbst ist der bisherige Vorsitzende Gemeindevorstandes, Hufner Franz Peter Carl Grube, auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung dieser Wahl ist durch das Stadt- und Landamt erfolgt.

Hamburg. Soziales Elend. Am Dienstag wurde in der Hammerbrookstraße eine Frau auf der Straße von Geburtswunden überrascht und gebar ein Kind. Ein herbeigerufener Arzt leistete die erste Hilfe und ein Schutzmann übernahm es dann, die Mutter nebst Kind in deren Wohnung zu bringen. Hier bot sich dem Beamten ein Bild traurigster Armut da. Im eiskalten Zimmer lag ein elfmonatliches Kind. Heizmaterial war nicht vorhanden. Der ganze Wohnraum zeigte das krasseste Elend. Der Beamte war so erschüttert, daß er selbst in die Tasche griff und der Frau ein Geldstück überreichte, damit sie Feuerung und das Nothwendigste zum Leben beschaffen konnte. Vollständig hilflos sieht die Frau mit ihrem neugeborenen und mit dem elf Monate alten Kinde da ist lediglich auf das Mitleid ihrer Nebenmenschen angewiesen.

Hamburg. Nach Sturm'schem Muster. Der Rittergutsbesitzer Sch. auf Evendorf bei Wilsen a. d. Luhe geriet mit dem Arbeiter Böhm in Differenzen und suchte seine Knechte gegen B. aufzubringen. Als das nicht gelang, bekam d. seine Entlassung und die Weisung, Evendorf zu verlassen. Zu letzterem mußte er sich wohl oder übel bequemen, weil er anderweitig keine Arbeit erhalten konnte. Auf seinem Abzugsattest ist nun Folgendes zu lesen:

„Wegen ungebührlichen Betragens gegen seine Mitarbeiter, sowie gegen seinen Arbeitgeber und wegen sozialistischer Umtriebe aus dem Dorfe verwiesen. Im Uebrigen war Böhm bei der ihm anvertrauten Arbeit zuverlässig und fleißig.“

Ausgefertigt

Evendorf, 20. Januar 1895.

Der Gemeindevorsteher.

Stempel.

Schlüter,

Ortsvorsteher.“

Was will der „olle ehrliche Stumm“ denn noch mehr? Der § 2 seines „Umsturzgesetzes“: „Alle Agitatoren und Führer werden ausgewiesen,“ hier ist es zur Wahrheit geworden. Heil Dir, Evendorf und Deinem Orts-gewaltigen, den man, zwar weniger um seine Gesetzeskenntniß, wohl aber um seine „Wirksamkeit“, mit der er sich über alle Gesetze hinwegsetzt, beneiden könnte.

Bremen. Eine schaurige Geschichte. Du, hu! Von „zuverlässiger“ Seite mußte der hiesig. Polizei die Mittheilung zugegangen sein, daß der bekannte Anarchist Wilhelm Werner, einstmaliger Drucker und Herausgeber des in Berlin nummehr unterdrückten „Sozialist“, welcher vor etwa Jahresfrist nach London verduftete, sich wieder nach Deutschland gewandt und daß dieser äußerst gefährliche Mensch seinen Wohnfiß in Bremen genommen und hier sogar in der Expedition der „Bremer Bürgerztg.“ als Inseratenakquisitor beschäftigt sei. Diese „vertrauliche“ Mittheilung war zweifellos richtig, denn in der That war ein Mann mit dem gefährlichen Namen Werner bei der „Bürgerztg.“ thätig. Dieser Werner wurde nun, wie die „Bremer Bürgerztg.“ mittheilt, mehrere Tage lang scharf beobachtet. Die Polizei glaubte dann genügende Anhaltspunkte für einen schwarzen Verdacht zu haben. Werner wurde, als er am Dienstag Mittag gegen 2 Uhr bei Bohlmanns Café an der Waller Chaussee dem Pferde-bahnwagen entstieg, um sich in seine in der Nähe gelegene Wohnung zu Tisch zu begeben, von zwei Polizeibeamten verhaftet und zunächst zum Landherrenamt und von hier zum Stadthaus zurückgeführt, woselbst ihm bis Abends 7 Uhr Gelegenheit geboten wurde, an seinem inzwischen bis auf's Höchste gestiegenen Hunger sich zu erbauen und über die Ursache dieser absonderlichen Verhaftung nachzudenken. Inzwischen entwickelte sich in der Werner'schen Wohnung ein reges Treiben. Risten und Kästen und alle sonstigen Behälter wurden von Polizeibeamten ausgepackt und auf das Peinlichste untersucht, jedes kleine Packetchen wurde mit einem Siegel beklebt und beschlagnahmt. Die im Besitze Werners befindlichen Visittkarten und Geschäfts-Empfehlungen mußten es sich gefallen lassen, sorgfältig abgezählt, verpackt und mitgenommen zu werden, selbst die Asche im Aschenbehälter wurde auf das Genaueste durchsucht, und immer noch nichts Verdächtiges gefunden. Da endlich — eine große Flasche mit ver-rätherischem, gräulich schimmerndem Inhalt! Die Flasche durfte nicht lange im Hause bleiben; sofort packten sie zwei geübte Hände der heiligen Hermandad und beförderten sie zu dem in der Nähe wohnenden Apotheker, welcher schleunigst die Untersuchung des Inhaltes vorzunehmen hatte. Es stellte sich denn auch richtig heraus, daß die Flasche — aufgelösten Chloralkali enthielt, wie er seitens der meisten Wäscherinnen bei der Wäsche Verwendung findet. Nach Beendigung dieser hochnothpeinlichen Hausdurchsuchung wurden die beschlagnahmten Packete mitgenommen zum Stadthaus, von wo Werner nach seiner Entlassung aus der Haft das Vergnügen hatte, sie wieder mit nach Hause nehmen zu dürfen. So endete der mit erstaunlicher Pfliffigkeit in's Werk gesetzte Plan zur Verhaftung eines „großen Uebelthäters“. Die Behörde hätte sich die ganze Mühe wirklich sparen können, wenn sie einen Blick in die Listen unserer vorzüglich funktionirenden Meldebureaus

gethan hätte, um dort zu erfahren, daß unser Werner bereits seit länger als 1 1/2 Jahren als friedliebender Bürger in Bremen seinen Aufenthalt hat.

Briefkasten.

Nach Trems. Die Aufstellung war von Seiten unseres Schwarzwälder Correspondenten erfolgt; es liegt lediglich ein Versehen vor.
 3. Blücherstraße. 1.) Wir werden uns das einschlägige Gesehmateriale zu verschaffen suchen; nach dem am 1. April in Kraft tretenden Gesetz würde allerdings diese Frage zu verneinen sein. 2.) Unbedingt nicht.
 2. M. Wir halten die Personen für „idealfirt“, deshalb ist es unmöglich, Genaueres darüber anzugeben.

Sternschanz-Viehmarkt.
 Hamburg, 26. Januar.

Der Schweinehandel verlief flau. Angeführt wurden 1220 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verlandtschweine schwere 46—48 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 26. Januar 1896.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 85—90
II. do.	80—84
Abfallende und ältere Waare	85—75
Schleswig-Holst. Bauernbutter	80—70
Galizische und ähnliche	85—70
Finnländische Sommerbutter	65—70
Amerikanische Waare	40—60
Margarine	45—82
Schmalz.	
Hamburger Flohenschmalz	68—72
do. Schlachterschmalz	52—62
Amerikanische Marken verzollt	35 1/2—36 1/2
Amerikanisches Eimerschmalz verzollt	42—44
do. raffiniertes Schmalz do. pr. 1/3 Lo.	41—44
Schinken.	
Schlachterschinken	Mk. 85—90
Holl. Batterschinken	70—75
Wesfal. Rundschnitt	—
Odenburg Langschnitt	—
Amerikanischer unverzollt	—

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:	
Freitag, den 25. Januar.	
10,45 U. Am. D. Negerlöf, Andersen, von Korsör in 11 Std.	
1,20 U. Am. D. Kuril, Forsberg, von Marstrand in 30 Std.	
Sonnabend, den 26. Januar.	
8,30 U. Am. D. Dora, Bremer, von Malmö in 15 Std.	
8,55 U. Am. D. Halland, Peterson, von Kopenhagen in 13 Std.	
Abgegangen:	
Freitag, den 25. Januar.	
1,10 U. Am. D. Adler, Fischer, nach Wismar.	
6,10 U. Am. D. Lübeck, Gultmann, nach Kopenhagen.	
Sonnabend, den 26. Januar.	
1,45 U. Am. D. Negerlöf, Andersen, nach Korsör.	
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,87 m 2220, lebhaft.	
Schiffsbewegung in der Ostsee.	
D. Livadia ist am 25. Januar von Wismar nach Göteborg abgedampft.	
D. Dora ist am 25. Januar von Malmö auf hier abgedampft.	

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Geschäfts-Anzeigen.

Eine größere Parthie wirklich feine Hofbutter
 à Pfd. nur Mk. 1,00,
 bei mehreren Pfunden etwas billiger empfiehlt
Th. Storm
 Königstraße 98.

Prima Ochsenfleisch
 „ Schweinefleisch
 „ Kalbfleisch
 „ Hammelfleisch
 sowie
 sämtliche Würstsorten empfiehlt
Fritz Paetau
 Schlachtereie u. Würstwareneie
 Dankwartsgrube 46.

Parthie gebr. Caffee,
 1 Pfd. 1 Mk.,
 (bei Abnahme von 5 Pfd. billiger), empfiehlt
August Vietig
 45 Fischergrube 45.

Gute fette
Koch-Butter
 à Pfd. 80 und 90 Pfg.
 empfiehlt
Th. Storm
 Königstraße 98.

Prima junges Fleisch
 dicke Flohmen
 sowie jeden Sonnabend
 frisch gekochtes Rostfleisch
 empfiehlt die Rostschlächtereie von **H. Dose**,
 Hundestraße 62.

Gebraunter Caffee
 großbohlig und kräftig schmeckend.
 Eigene Rösterei.
Johs. Schwabroh, Moisl. Allee 33

Die beste Meiereibutter
 kostet von heute an das Pfund nur 1 Mk.
Heinr. Wischendorf, Königstraße 88.
 Empfehle prima Leberwurst sowie alle feinen
 Würst- und Fleischwaren.
C. F. Wild, Weiter Kraumbuden 3.

Empfehle
Pa. Genstenberger
Braunkohlen-Briquettes
 100 Stück 0,80 Mk.
 sowie sämtliche Colonialwaren.
A. Westphal, Fischergrube 24.

Warnung!

Zu gegebener Veranlassung machen wir hierdurch Folgendes bekannt:
 1) Alle von uns benutzten Bierflaschen sind unser Eigenthum und unverkäuflich. Vor dem Ankauf derselben wird daher gewarnt.
 2) Es ist unerlaubt, die mit unserer Firma oder einer Etiketle unserer Firma oder dergl. versehenen leeren Flaschen aufs Neue mit Bier zu füllen und feilzubieten. Ein solches Verfahren ist bestimmt und geeignet, das Publikum über den Ursprung der in den Flaschen enthaltenen Biere zu täuschen und unterliegt gesetzlicher Strafe.
 Lübeck, den 24. Januar 1895.
 Aktien-Bierbrauerei Lübeck. **Emil Lychenheim**, Schwartau. **P. Cordes Wwe.**
H. Lück, Brauerei „Zur Walfmühle“.
 Brauerei „Zur Eiche“, vorm. Schwensen & Fehrs, Kiel.
 Hausa-Brauerei, **Johs. Uter & Co.** „Adler-Brauerei“, G. Teichgräber.

Schuhwaaren-Fabrik
 Mühlenstr. 32 **F. Baurenfeind**, Ecke Kapitelsstr.
 Großes Lager in
Damen-, Herren- und Kinder-Stiefeln.
 Nur solide Waare zu billigsten Preisen.
 Reparaturen prompt und billig.

Reichel's Kulmbacher Bierhaus.
 — Alleinigiger Ausverkauf —
 des beliebten und ärztlich empfohlenen
Reichelbräu.
 10 Liter 20 Pfg.
 Nur allein 16 Fleischhauerstrasse 16. Nur allein
 Flaschenbierdepot nur bei **F. W. Schmidt**, Schützenstraße 31.

J. Möllendorff's
Schuhwaaren-Fabrik
 Holstenstrasse No. 9 **Holstenstrasse No. 9**
 — Grosses Lager —
 von

Damen-, Herren- u. Kinderstiefeln
 Nur solide Waare zu billigsten Preisen.

Die Möbel-Eisblerei
 von
G. H. Busch, Alst. 21
 empfiehlt ihr Lager von selbstverfertigten
 Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaaren
 zu billigen Preisen.

August Vietig
 liefert vorzügliche
 gebr. Caffees, wor-
 auf b. Hausfrauen
 aufmerksam ge-
 macht werden.
 Fischergrube 45.

Empfehle alle Arten
Brennmaterialien
 sowie sehr gute Kartoffeln
 faß- und sackweise.
H. Heitmann, Schmiedestr. 9.

olnt kostenfreien Vorschuß erhalten
 Sie auf Mobilien und Waaren
 jeder Art, wenn mir zur Auktion
 übergeben
Johs. Fick, Auktionator,
 Engelstraße 43/17.

Abs
 Gesucht einige Brodträger
 bei gutem Verdienst.
Th. Vogt, Bäckerie,
 Wilhelmshöhe, Schwarzwälder Gasse Nr. 27.
 Dasselbst zu sofort eine Etage zu verm.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling unter günstigen Bedingungen für meine Bäckerei.
Aug. Groth, Bäckerstr., gr. Burgstr. 42.

Ein anständiger Knabe von ungefähr 15 Jahren zu leichten Arbeiten.
L. Schmidt, Schiffelbuden 4.

Gesucht eine Familie, welche ein kleines Kind in Pflege nehmen will. Zu erfragen bei
F. Drogies, Fischergrube 26/5.

Eine kleine freundliche Flügelwohnung zu vermieten.
 Engelstraße 59.

Ein möbl. Zimmer für einen jungen Mann, Woche 2 Mk.
 Untertrave 10, 2. Etg.

Ein freundliches Zimmer mit Boden und Keller zu vermieten.
 Ludwigsstraße 64.

Zum 1. April eine kleine Wohnung an einz. Leute zu vermieten.
 Marlesgrube 43.

Eine freundliche Wohnung zum 1. April zu vermieten.
 Näheres Effengrube 12.

2 H. Häuser nahe vorm Holstenthor sollen f. d. Beschwerungsf. billig ohne Anzahl. verk. werd. Angeb. unt. No 483 b an die Exped. d. Bl. erb.

Ferkel
 zu verkaufen.
A. Ehlers, Seilshop.

Sonntag den 27. d. M.
 steht eine große Parthie
Ferkel
 im Gasthof „Zum schwarzen Adler“ zum Verkauf.

Frau Otte, Hebamme
 wohnt jetzt:
Neue Meierstraße 39
 (Ecke der Danstraße).

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.
Kranken- u. Sterbekasse
 gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung
 am Montag den 28. Januar,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 in den Central-Hallen, Dankwartsgrube.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorlegung der Rechnung vom 4. Quartal sowie des Jahresabchlusses von 1894.
 2. Wahlen laut § 17 des Statuts.
 3. Verschiedene Massenanträge.
 Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet **Der Vorstand**.
 NB. Die Mitgliedsbücher legitimiren.

Deutscher
Metallarbeiterverband
 Einladung zum
Ball und Kappenfest
 am Sonntag den 3. Februar 1895
 im Lokale des Herrn Dassler, Colosseum.
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Entree 50 Pfg., eine Dame frei.
Das Fest-Comité.

Quartett-Verein „Amicitia“
Gesellschafts-Abend
 am Sonntag den 27. Januar 1895
 im Lokale
 des Herrn **Frahm**, Concordia-Garten.
 Anfang 7 Uhr.
 Karten sind vorher beim Vorstande zu haben.
 NB. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
Der Vorstand.

Waisenhof
 Heute Sonntag:
Tanzmusik
 wozu freundschaftlich einladet **A. Brey.**

Friedrich-Franz-Halle
 Jeden Sonntag:
Tanzfränzchen.
 Anfang 4 Uhr.
F. Holst.

Wilhelms-Hof.
 Sonntag den 27. Januar:
Freier Thé-dansant
 mit
Scherz-Tombola.

Einsegel.
 Heute Sonntag:
Gr. Tanzmusik.
 Ausverkauf von ff. Bodbier,
 à Seidel 15 Pfg.
Heinr. v. Hartz.

PAUL BRINN & CO.

Nr. 31 Breitestraße Nr. 31 Lübeck Nr. 31 Breitestraße Nr. 31

Näh-Artikel

Obergarn, 200 Yarb, Rolle 6 Pf.
 Obergarn, 1000 Yarb, Rolle 25 Pf.
 Untergarn, 1000 Yarb, Rolle 18 Pf.
 Kronenzwirn, 2 gr. Rollen 5 Pf.
 Nähseide in allen Farben, große Strähnen 3 Pf.
 Knopflochseide, Rolle 1 Pf.
 Stricknadeln, Spiel 4 Pf.
 Stecknadeln, 2 Brief 5 Pf.

Sämtliche Futter- und Befah-Artikel

Unterröcke

ganz schwer und weit, aus besten Stoffen.
 Barchendrock mit Bolant 85 Pf.
 Pa. Fäuzirock, Stück 1,20-1,60.
 Tuch- und Planelkröcke von 2 Mk. an.

Tücher

in Lama, Cachemire, Wolle, Chenille und Seide.
 Balltücher und Wallshawls,

Trikotagen

Wollene Hautjacken, Stück 69, 78, 95-2,50.
 Normalhemden, 1,10, 1,25, 1,45, 1,60-6,00
 Unterhosen, in Normal und ge- strickt, von 79 Pf. an.
 Damenjacken, Stück v. 69 Pf. an.
 Kinderhemden und Kostüme in allen Größen zu billigen Preisen.

Handschuhe

gestrickt und Trikot.

Damenhandschuhe in reiner Wolle, Paar von 15 Pf. an.
 Kinderhandschuhe in allen Größen, Paar von 10 Pf. an.
 Wallhandschuhe bis 16 Knopf lang, Paar von 32 Pf. an.
 Damen: Glacee-Handschuhe, 4 Knopf lang, Paar 1,50.
 Herren: Glacee-Handschuhe aus prima Leder, Paar 2,00.
 Wollene und Krimmer-Herren-Handschuhe, Paar von 50 Pf. an.

Fertige Wäsche

Eigene Fabrikation.

Damenhemden mit Befah, Stück 85, 1,10, 1,25-3,50.
 Herrenhemden aus bestem Hemden- tuch, Stück 1,10, 1,40, 1,50-2,30.
 Kinderhemden in jeder Größe, von 35 Pf. an.

Erstlings-Wäsche

Alles was hierzu gehört in größter Auswahl bei billigsten Preisen.

Kragen, Manschetten, Oberhemden in größter Auswahl.

Große Auswahl in Cravatten

Stück von 5 Pf. an.

Korsets

mit taftlosem Sitz aus guten Stoffen von 75 Pf. an.
 Kinder-Korsets von 28 Pf. an.

Gesundheits-

Korsets

für Damen und Kinder.

Arbeiterhemden

in größter Auswahl von 1 Mk. an.

Arbeiter-Hosen

aus Englisch-Leder und Pilot zu billigsten Preisen.

Wollene Westen

für Herren, Damen und Kinder zu billigsten Preisen.

Strickwolle

in allen Arten Größtes Sortiment zu äußerst billigen Preisen.

Trikottailen

aus bestem Winter-Trikot, Stück von 1,50 an.

Kinder-Trikottailen.

Bettdecken

in weiß oder bunt in guten Qualitäten schon von 1,30 an.

Taschentücher

weiß und bunt zu billigsten Preisen.

Bettfedern. Teppiche. Planelle. Barchende. Leinen. Tischtücher. Servietten. Seidenstoffe. Schirme. Bettzeuge.

Ein Posten angesammelter Reste aller Arten Stoffe u. s. w. bedeutend unter Einkaufspreis.
 Eine Parthie weiche wollene Hauskleiderstoffe, vorzügl. Qualität, Mtr. statt Mk. 1,65 nur 1,15.
 Eine Parthie reinwollene Schlafdecken, prima Qualität, über 2 Pfd. schwer, Stück 3 Mk.
 Eine Parthie Hemdentuche, genannt Halbleinen, gute Qualität, Mtr. 14 Pfg.

Öffentliche Versammlung

für alle in der

Bekleidungs-Industrie beschäftigten Arbeiter

am Montag den 28. Januar 1895, Abends 8 1/2 Uhr

im Lokale des Herrn F. Leeke, Lederstrasse No. 3.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung und Bericht der Agitations-Commission.
2. Wahl eines Bezirks-Vertrauensmannes sowie der Agitations-Commission.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Quartett-Verein Luba Maskenball

am Montag den 11. Februar 1895 in den Central-Hallen.

Kassenöffnung 6 Uhr. — Maskenzug 8 Uhr. — Ende 4 Uhr.

Eintrittskarten sind zu haben bei den Herren: Dürkop (Central-Hallen), Stoffers, Depenau 27, und bei sämtlichen Mitgliedern.

Preis für Masken 75 Pfg., für Zuschauer 50 Pf.

NB. Pierrots haben keinen Zutritt.

Das Comité.

Heute! Photographieren sämtl. Mitglieder. Heute!

Sammeln 1/2 10 Uhr im Clublokal Stoffers, Depenau 27.

Central-Hallen Gr. Volksmaskerade

Sonntag den 3. Februar:

Gr. Volksmaskerade

verbunden mit

Kappenfest für Zuschauer.

Alles Nähere die Plakate und Annoncen.

Stiftungs-Fest der Höfer und Kleinhändler

verbunden mit

Concert und Gesangsvorträgen

am Sonntag den 27. Januar 1895

im Lokale des Herrn Lamprecht, Johannisstrasse.

Anfang 5 Uhr. — Ende Morgens.

Eintrittspreis 50 Pfennig, wofür eine Dame frei.

Hierzu late: ergeben ein

Das Fest-Komitee.

Hansa-Halle. Sonntag den 27. Januar: Tanzkränzchen.

Adlershorst.

Am Mittwoch den 30. Januar:

Dritter Familien-Abend.

Einladung zum Ball mit gr. humor. Kappenfest

der sämtlichen Ränderereien

am Freitag den 1. Februar 1895

im Concerthaus „Flora“.

Eintritt 75 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 25 Pfg.

Anfang 7 Uhr. — Ende Morgens.

Hierzu ladet freundlich ein

Der Vergnügungs-Ausschuss.

Concert-Haus „Flora“

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr.

F. Grammerstorf.

Berliner Hof. Sonntag den 27. Januar: Große Tanzmusik.

Auf. 4 Uhr. A. W. Neumann.

Ende 2 Uhr.

Otto Gennburg's Restaurant

Heute Sonnabend:

Gr. Unterhaltungsmusik

Ausgang von

ff. Actien-Bock- u. Lagerbier.

Buchdrucker-Verein in Lübeck.

Sonntag den 3. Februar:

Humoristischer Abend im Concordia-Garten.

Entree 60 Pf., wofür eine Dame frei.

Anfang 7 Uhr. Das Comité.

Karten sind bei allen Mitgliedern zu haben.

Wakenitz-Bellevue.

Tanzkränzchen.

Entree frei.

O. Lehmann Wwe.

Stadttheater in Lübeck.

Sonntag den 27. Januar:

Kein Abonnement. Opernpreise.

Bons gütig.

Zur Feier von Kaisers Geburtstag.

Bei festlich erleuchtetem Hause!

Gastspiel

von Fräul. Hermine Reichenbach.

vom Lessingtheater in Berlin.

Erstes Wiederauftreten des Herrn

Eduard Le Seur nach seiner Krankheit.

Neuheit. Zum 1. Male: Neuheit.

Wie die Alten sangen.

Lustspiel in 4 Akten von Carl Meumann.

In Scene gesetzt von Direktor Erdmann-Jesutiger.

Repertoirstück des Hof- u. Stadttheater

in Berlin sowie aller Hof- u. Stadttheater.

Montag den 28. Januar:

76. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau.

Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

Gastspiel

von Fräul. Hermine Reichenbach.

Zum letzten Male: Madame Sans-Gêne.

Die Kriege der letzten 30 Jahre.

Nach den Berechnungen deutscher und französischer Statistiker kosteten die Kriege, welche in letzten 30 Jahren geführt wurden, 2,500,000 Menschen das Leben und einen Geldaufwand von 52,000,000,000 Mark. Auf Frankreich allein entfällt von dieser Riesensumme für den Krieg im Jahre 1870/71 der nette Betrag von 14,000,000,000 Mark, daneben verlor es noch 155,000 Menschenleben. In den Schlachten fielen 80,000 und 20,000 kehrten nicht mehr aus der Gefangenschaft zurück, während 36,000 nachträglich starben, die nachweislich im Feldzug ihre Gesundheit verloren haben.

Das unzählige Menschenleben durch diesen Krieg in Frankreich verlor, geht daraus hervor, daß nach der Beendigung desselben die Zahl der Kranken und Verwundeten sich auf 477,321 belief, von denen aber die überwiegend große Mehrzahl längst unterm Rasen schläft.

Nach Dr. Roth's Berechnung fielen auf deutscher Seite 60,000 Mann und 2,400,000 Mark wurden mehr verausgabt, als die Kriegsschädigung betrug. Dr. Engel, ein anderer berühmter deutscher Statistiker, hat mit großer Sorgfalt zusammengestellt, was sämtliche in den letzten 30 Jahren geführten Kriege kosteten, und zwar wie folgt: Krimkrieg 8,000,000,000 Mark, italienischer Krieg in 1859 1,200,000,000 Mark, preußisch-dänischer Krieg in 1863 140,000,000 Mark, amerikanischer Bürgerkrieg 20,400,000,000 Mark Norden und 9,200,000,000 Mark Süden, preußisch-österreichischer Krieg in 1866 1,320,000,000 Mark, russisch-türkischer Krieg 500,000,000 Mark, die südafrikanischen Kriege 35,080,000 Mark, afrikanischer Krieg 53,000,000 Mark, serbisch-bulgarischer Krieg 704,000,000 Mark.

Diese sämtlichen Kriege können im wahren Sinne des Wortes als mörderisch bezeichnet werden. Im Krimkrieg, der nur wenige Schlachten aufweist, fielen 750,000 Mann, nur 50,000 weniger als im nordamerikanischen Bürgerkrieg. Im russisch-türkischen Kriege büßten 259,000 Soldaten ihr Leben ein, während der italienische (1859) und der preußisch-österreichische Krieg (1866) je 45,000 Menschenleben forderten. Die Expeditionen nach Mexiko und China kosteten den Franzosen 800,000,000 Mark und an Soldaten 65,000.

In den übrigen oben aufgestellten Feldzügen war der Menschenverlust relativ geringer, aber immerhin beträchtlich. Je mehr die Schußwaffen verbessert wurden, desto blutiger wurden die Schlachten.

Die stattlichen Geldsummen, welche hier angeführt sind, schließen nicht die Millionen ein, welche innerhalb 30 Jahren für den Unterhalt der stehenden Heere aufgewandt wurden. Der Schaden, den Handel und Wandel dadurch erlitten, unzählige Arbeitskräfte Jahre lang dem Gewerbe und dem Ackerbau entzogen wurden, um zu Soldaten ausgebildet zu werden, ist auch nicht mitgerechnet.

Sozialdemokratischer Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, Herzogthum Lauenburg, Fürstenthum Lübeck und freie Hansestadt Hamburg.

III.

(Nachmittags-Sitzung.)

Vienau eröffnet um 2 Uhr die Sitzung.

Lorenz-Hamburg erklärt, daß die Hamburger noch genau auf demselben Standpunkt ständen, wie gestern. Die vom Volksthalender erwartete Wirkung habe sich nicht eingestellt. Ueber den Inhalt desselben wolle er nicht sprechen, aber erklären, daß er zweifle, ob der Kalender auch nur den geringsten Nutzen gebracht. Er möchte rathen, statt des Kalenders lieber eine die ländlichen Verhältnisse behandelnde Broschüre im Winter zu verbreiten. Darauf könne dann die mündliche Agitation in Angriff genommen werden. Von einer Herausgabe des Kalenders in dänischer Sprache bitte er abzusehen. Ob überhaupt die Herausgabe dänischer Flugchriften sich empfehle, müsse er bezweifeln. Er empfehle Annahme des Hamburger Antrages, vor Allem aber, von der Herausgabe des Kalenders abzusehen.

Wrodt-Huhn-Kiel spricht zu dem Hamburger Antrag. Jedenfalls werde der Parteitag beschließen, den Kalender herauszugeben und den organisirten Kreisen die eigenen Kosten aufzuerlegen. Das vom Genossen Blambeck beantragte Markensystem könne wohl nicht überall durchgeführt werden, doch da, wo es angebracht sei, möge man es einführen. Er empfiehlt, gelegentlich ein dänisches Flugblatt herauszugeben.

Heine-Ottensen tritt für den Hamburger Antrag ein und wendet sich dann gegen das Markensystem, mit dem man bisher keine besonders guten Erfahrungen gemacht habe.

Heide-Schleswig hält die Kalenderfrage für wichtig. Eine Flugchrift in Kalenderform sei sehr empfehlenswerth; doch trete er ebenfalls für den Hamburger ein. Die Einführung des Markensystems müsse jedem Kreise überlassen werden; doch könne er versichern, daß sie in Schleswig vortreffliche Erfahrungen damit gemacht hätten. Im Allgemeinen sei die Landagitation sehr schwierig, namentlich wegen des Lokalmangels. Sogar gute Parteigenossen würden von der Behörde gezwungen, ihre Lokale zu verweigern.

Die Herausgabe eines Kalenders wird mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen.

Die Anträge von der Insel Sylt und Heiligenhafen werden abgelehnt, der von Lütjenbrode angenommen.

Der Antrag von Elmshorn (zweimalige Broschürenvertheilung) wird abgelehnt, ebenso der Antrag Lütjenbrode (Flugblätter) und Stockelsdorf (Flugblätter bei Landtags- und Gemeinderathswahlen auf Kosten des Agitationskomites.)

Bérad-Hamburg erklärt, eine Herausgabe des Kalenders zum Juli sei unmöglich, und zwar aus technischen Gründen.

Heide-Schleswig ersucht um möglichst frühzeitige Herausgabe des Kalenders.

Die Herausgabe im Juli wird abgelehnt.

Folgender Antrag der Hamburger Delegirten findet Annahme:

„Der Parteitag beschließt im Falle der Herausgabe eines Kalenders, daß grundsätzlich die Verbreitung nur auf dem flachen Lande vorgenommen wird, und diejenigen Wahlkreise, die dazu im Stande sind, auch die Kosten selbst bestreiten. Für die Wahlkreise, die dazu absolut nicht im Stande sind, wird die Hilfe der Hamburger Genossen erwünscht. Duesbezüglich hat die Agitationskommission sich mit den Hamburger Genossen ins Benehmen zu setzen.“

Ein Broschürenantrag von Stockelsdorf wird der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag Blambeck (Markensystem) wird angenommen. Ein Antrag von Grabenstein (dänische Broschüre) wird der Agitationskommission überwiesen. Es erfolgte dann der Bericht der Abrechnungsprüfungs-kommission. Lorenz-Hamburg konstatiert, daß die Rechnungen in bester Ordnung, nur in der gedruckten Abrechnung fehle die Ausführung eines Ausgabepostens von 700 Mk. Bezüglich des Gesuchs von Theiß auf Nachbewilligung von 120 Mk. habe die Kommission beschlossen, die Bewilligung zu befürworten, da Theiß seine Schuldigkeit gethan habe.

Nach längerer Diskussion, die wenig belangreich ist, wurde der Kommissionsantrag gegen elf Stimmen angenommen und darauf der Agitationskommission Decharge erteilt.

Zur Diskussion steht:

2) Bericht der Preßkommission.

Krause-Kiel giebt den zahlenmäßigen Bericht und erläutert die einzelnen Posten. Der Annoncenpreis hätte von 15 auf 20 Pfg. erhöht werden müssen; die Zahl der Anzeigen sei dadurch nicht kleiner geworden. Den Kolporteurs würden 40 pCt. gewährt. Dem Ersuchen, dem Parteigeschäft die Druckkosten zuzuwenden, sei im Allgemeinen gefolgt worden, nur nicht von den Parteigenossen jenseits des Kieler Hafens, die bei einem Privatdrucker arbeiten lassen. An Abonnements und Anzeigen stehen noch Mk. 8000 aus, worin aber der Monat Dezember inbegriffen sei. Für Maschinen und Anschaffungen seien Mk. 4500 gezahlt worden. Die Prozeßkosten beliefen sich auf Mk. 3275. Für Papier u. seien noch etwa Mk. 5000 zu bezahlen. Der großen Abzahlungen für die Einrichtung wegen belaufe sich das Defizit auf circa Mk. 6000. Nochmals ersuche er um Zuwendung von Druckaufträgen, was die beste Unterstützung sei.

Die Debatte, welche sich an diesen Bericht schloß, war sehr umfangreich, ist jedoch für die Leser unseres Blattes ohne Interesse, da es sich lediglich um unser Bruderorgan die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ handelt. Wir führen daher lediglich die Anträge an, welche der Partei-

Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(28. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

Der alte Mann hatte den Brief bereits zu Ende gelesen und noch immer starrten seine Augen auf die Buchstaben nieder. Aengstlich forschend schaute Anata zu ihm hinüber, in seinen Zügen war keine Veränderung wahrzunehmen. Keine Thräne kam in sein Auge, kein Wort über seine Lippen — der tiefste Seelenschmerz kennt weder Thräne noch Wort. An der Mahre seines Sohnes hatt er weinen können — jetzt vermochte er es aber nicht mehr — denn dieser Schlag war tausend Mal härter als jener.

Langsam ging er zu seinem Schreibtische, ergriff das Feuerzeug und setzte den Brief in Brand. Sein Auge folgte der herabfallenden Asche. Die Tochter sah ihm schweigend zu. Sie hatte kaum einen Begriff davon, welche übermenschliche Seelenkraft er entwickeln mußte, um sich aufrecht zu erhalten. Aber er wollte stark sein, er wollte zuerst seine Pflicht erfüllen und das Unrecht führen, welches er selbst einem Unschuldigen zugefügt — dann wollte er sich ausruhen und schlafen . . . er war sehr müde.

Seine Schwägerin trat herein.

„Ich habe Dir eine Mittheilung zu machen, Leocadia. Mein Sohn, den wir heute Nachmittag so pomphaft zu Grabe getragen, verdiente diese Ehren nicht . . .“

„Redet er irre?“

Die grauen Augen schweiften von dem Vater auf die Tochter . . . Anita weinte, der Vater sah eisigen Blickes vor sich nieder.

„Er war ein Dieb und ein Selbstmörder . . .“ Die Gnädige zuckte zusammen wie von einer Klatte gestochen.

„Dort der Brief . . . Ah . . . er ist bereits Asche . . .“ Er deutete mit der Hand auf das Aschenhäuflein. „Und Paul sitzt statt seiner im Gefängnisse . . .“

„Aber, lieber Schwager . . .“

„Wir haben ihm Unrecht gethan . . . Du und ich . . . Doch es soll ihm Genugthuung werden. Ich werde sofort . . .“ Er schwankte wie ein Trunkener.

„Bedenke Deinen Namen!“

„Ihm soll Genugthuung werden . . . nicht eine Minute länger soll er im Gefängnisse sitzen . . .“

„Aber Anita . . .“

Die beiden Frauen fingen ihn auf und ließen ihn in einen Polsterstuhl nieder.

„Der Arzt, der Arzt . . . wir müssen zum Arzt schicken,“ rief Frau v. Seeberg, während Anita des Vaters Gesicht mit Küssen bedeckte.

„Paul soll nicht mehr im Gefängnisse bleiben . . . Er soll zu mir kommen.“

„Schnell, schnell den Arzt, Anita.“

„Paul soll kommen . . . man soll ihn freilassen . . . Er soll mir verzeihen, daß ich . . .“

Er barg sein Gesicht in den Händen.

„Wollt Ihr nicht gehen?“ Er versuchte vergebens, sich aufzurichten.

Eine Viertelstunde darauf stand der Arzt an seiner Seite.

„Eine hochgradige Nervenzerrüttung,“ sagte er. „Es ist dies auch gar kein Wunder nach den Erlebnissen der letzten Tage. Ruhe, vollständige Ruhe ist das einzige Heilmittel.“

„Paul soll kommen,“ wiederholte der Kranke mit Hartnäckigkeit.

„Wir wollen ihn holen,“ sagte die Schwägerin.

„Komm, Anita!“

Kurzberger lächelte zufrieden und legte sich in die Kissen zurück.

„Wir müssen einen Ausweg finden, damit Euer Name nicht entehrt wird,“ sagte die Tante, als sie zusammen im Wagen saßen. „Ich werde mit dem Staatsanwalt reden.“

Sie kamen vor dem Gerichtsgebäude an. Frau von Seeberg ging allein hinein und kehrte nach einer Weile

mit einem Blatt Papier in der Hand wieder, welches Pauls Freilassung verfügte. Sie reichte dasselbe ihrer Nichte in den Wagen.

„Fahre zu dem Gefängnisse und hole ihn. Ich will mich direkt heimbegeben, um für Deinen Vater zu sorgen. . . . Fahr zu, Kutscher!“

Anita hielt das Blatt in der Hand. Wachte sie oder war dies Alles nur ein Traum? Sie sollte Paul aus dem Gefängnisse erlösen? Ihr Körper zitterte vor Erregung, sie vergaß Alles, was sie in den letzten Tagen erlebt und empfunden. Nur ein einziger Gedanke beherrschte sie: Paul war frei, seine Ehre wieder hergestellt.

Als sie vor der Pforte des Gefängnisses anlangte, übergab sie dem Thorhüter das Schreiben des Staatsanwalts.

Paul ging grade wieder in seiner Zelle auf und ab, es war dies seine einzige Beschäftigung.

„Machen Sie sich fertig, Herr Kobbach,“ sagte sein Aufseher, welcher eifertig in die Zelle trat. „Sie sollen entlassen werden in die Freiheit.“

„Frei?“

Ein nicht enden wollender jubelnder Ausschrei entfuhr seinem Munde.

„Sie werden draußen am Thor erwartet.“

Nur ein paar Augenblicke und Paul stand vor seiner Zelle.

„Gernach, gernach,“ mahnte der Aufseher, als er seine Gile bemerkte. „Sie werden vorerst zum Herrn Kassirer geführt werden, um Ihr Geld wieder in Empfang zu nehmen.“

„Hat dies nicht Zeit bis morgen?“

„Nein, der Geschäftsgang muß streng inne gehalten werden.“

„Aber ich werde draußen erwartet.“

Der Beamte zuckte die Achseln, er schien keine Ahnung davon zu haben, daß dem Gefangenen vor seiner Entlassung der Boden unter den Füßen brennt. Es dauerte aber noch eine geraume Zeit, ehe alle die

tag annahm. Zunächst fand der Antrag Flensburg, daß die „Schl.-H. Volksztg.“ mehr provinziellen Charakter tragen soll, Annahme, desgleichen ein Antrag aus Elmshorn, der auf eine Erweiterung des politischen Theiles sowie des Feuilletons hinzielt. Der Antrag Kiel: „Die Geschäftsleitung wird beauftragt, etwaige Buchbinderarbeiten nur in solchen Geschäften anfertigen zu lassen, welche ihren Arbeitern die vereinbarten Löhne zahlen“ wird der Geschäftsleitung zur Berücksichtigung überwiesen.

Dritter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird Morgens 9 Uhr eröffnet. Zur Verhandlung steht der Punkt 5, betreffend die Stellungnahme zu den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen.

Brodtuhm-Kiel: In Halle wurde beschlossen, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen, sofern man in der Lage sei, eigene Kandidaten aufzustellen. Die Bürgermeisterwahl in Preetz sei ein Verstoß gegen die Parteiprinzipien, zudem könne es der Partei gleich sein, wer Bürgermeister sei, Reaktive seien sie alle. Ebenso stehe es mit der Wahl des Bürgermeisters in Neumünster, der den Genossen, die ihn gewählt, dadurch den Dank abgestattet habe, daß er mit dazu beigetragen habe, den Wahlszenus zu erhöhen. Ferner habe man in Neumünster Wismaschkandidaten bei den Stadtverordnetenwahlen seine Unterstützung gesehen. Auch das sei ein taktischer wie prinzipieller Verstoß. Entweder müsse man selbstständig Kandidaten aufstellen oder sich überhaupt der Wahlen enthalten. Er bitte den Parteitag, dafür zu sorgen, daß derartige Dinge in Zukunft nicht mehr vorkommen können.

Lienau-Neumünster bestreitet, daß die Neumünster'schen Genossen gefehlt hätten.

Mehrens-Neumünster: Man habe geglaubt, sich an den Kommunalwahlen beteiligen zu sollen. Um kein Fiasko zu machen, habe man Kompromißkandidaten gewählt. Diese Kandidaten seien Sozialdemokraten gewesen, nur habe sich auch der Haus- und Grundeigentümerverein für die Kandidaten erklärt. Die Kandidaten seien wohl Genossen gewesen, hätten sich aber im Interesse der Sache nicht als solche vorgestellt. Die Stimmung in Neumünster war derart, daß die Sozialdemokratie Stellung nehmen mußte.

Ströbel-Kiel spricht gegen Teilnahme an den Bürgermeisterwahlen, sowie an den Kommunalwahlen, wenn keine eigenen Kandidaten aufgestellt werden. Seiner Ansicht nach müsse man endlich einmal eine Grenzlinie ziehen, damit man aus Opportunitätsrücksichten nicht immer weiter auf die schiefe Ebene gelange.

Lienau-Neumünster steht auf dem Standpunkt Mehrens. Gegen das Prinzip sei nicht verstoßen worden. Die Neumünsteraner Genossen hätten keine Ursache, ihr Eintreten zu bereuen. An der Bürgermeisterwahl habe Neumünster sich beteiligt, um den kleinen Handwerkern zu beweisen, daß ein Personenwechsel keinen Systemwechsel bringen würde. Man seien bereits den kleinen Handwerkern die Augen geöffnet, wozu die Erhöhung des Wahlszenus ihr Theil beigetragen hat. Die Stadtverordnetenkandidaten haben bindende Erklärungen abgegeben, daß sie auf sozialdemokratischen Standpunkt ständen.

Lentje-Rendsburg steht auf dem Standpunkt der Kieler Genossen.

Formalitäten erledigt waren. Dann bekam Paul endlich einen Legitimationschein und die eisernen Thore öffneten sich ihm.

Der draußen Wartenden waren die Minuten zu Stunden geworden. Vergebens lauschte sie auf nahende Schritte, auf das Knarren der Angel.

Endlich! Paul trat auf die Straße, seine Brust athmete die reine Luft der Freiheit in vollen Zügen, die Augen spähet die Straße entlang.

„Steigen Sie ein, Herr Rößbach,“ rief der Kutscher von seinem Sitze herab.

Paul öffnete den Wagenschlag und im Halbdunkel erkannte er die Gestalt der Geliebten.

„Anita!“
„Paul!“

Sie lagen sich wortlos in den Armen und weinten, während der Wagen über das Straßenpflaster dahinrollte. Sodann erzählte Anita in stiegender Eile die Erlebnisse der letzten Tage. Das war ein Wermuthstropfen in den Freudenbecher des Heimgekehrten.

„Der arme Vater,“ murmelte er, „der arme Eward!“

Hand in Hand stiegen sie die Haustreppe hinan. Dann trat Paul an das Lager seines Prinzipals.

„Kannst Du mir verzeihen, Paul?“

Er kniete an dem Lager nieder und küßte die Hand seines väterlichen Freundes.

„Du sollst des Todten Stelle einnehmen . . . Willst Du das? Willst Du mein Sohn sein?“

„Herr Kurzberger,“ stammelte Paul, von Rührung übermannt.

„Kenne mich Vater . . .“

„Sind Sie nicht stets mein väterlicher Freund gewesen, Herr Kurzberger?“

„Vater sollst Du mich nennen . . .“

„Lieber, guter Vater . . .“

„Nun bin ich zufrieden . . . nun will ich schlafen.“ Wirklich entschlummerte der alte Mann. Man vernahm seine regelmäßigen Athemzüge und ein friedliches Lächeln lagerte sich auf seinem Gesichte.

Hug-Bant. Er wolle Lienau in seiner Noth beistehen. Man dürfe bei Kommunalwahlen sich nicht so scharf auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. Kompromisse ließen sich da zuweilen gar nicht vermeiden, ohne daß man den Parteiprinzipien etwas zu vergeben brauche. Prinzipielle Wünsche seien nur selten anzufechten. In Neumünster liege die Sache freilich derart, daß Bedenken gegen die Beteiligung an der Wahl vorliegen. Die Resolution Kiel, welche offene Stellungnahme des Kandidaten verlangt, sei wohl annehmbar.

Grünwaldt-Hamburg ist der Ansicht, daß der Ansicht, daß der prinzipielle Standpunkt auch in kommunalen Angelegenheiten gewahrt werden müsse. Rendsburg habe durchaus korrekt und nachahmenswerth gehandelt. Das Vorhandensein eines Kompromisses sei angesichts des Verhaltens des Grundeigentümervereins Neumünsters doch wohl anzunehmen. Die Theilnahme an Bürgermeisterwahlen sei vollends zu verwerfen, da irgendwie demokratisch angehauchte Bürgermeister seitens der Behörden gar nicht bestätigt würden. Dinge, wie sie in Preetz und Neumünster vorgekommen, seien thatsächlich Stegmüllerei.

Es tritt Schluß der Debatte ein. Die Kieler Resolution wird angenommen, nachdem der sich auf die Bürgermeisterwahlen beziehende Passus daraus gestrichen worden.

Der Antrag Stockelsdorf, die Zahl der zu Kreis-Konferenzen zu entsendenden Delegierten festzusetzen, wird abgelehnt, da der Entscheid über den Antrag als Sache der Kreise selbst angesehen wird.

Ueber den Antrag Heiligenhafen, welcher besagt, daß die Delegierten zum Parteitag auch in dem Wahlkreis ansässig sein müßten, in dem sie gewählt werden, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag Rendsburg, daß die Wahlkreis-Konferenzen öffentliche sein sollten und daß öffentliche Versammlungen zuvor über daselbst zu fassende, wichtige Beschlüsse zu hören seien, wird mit dem Amendement Grünwaldt, daß „soweit als möglich“ öffentliche Versammlungen einzuberufen seien, angenommen.

Der Antrag Wandsbek auf Einführung eines einheitlichen Wahlmodus vermittelt Stimmzettel für die Delegiertenwahlen zum Provinzialparteitag wird mit einem Amendement Stengele, daß der Parteitag nur den „Wunsch“ auf Einführung dieses Modus ausspreche, angenommen.

Ueber den Antrag Kiel: Der Provinzialparteitag wolle beschließen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das schleswig-holsteinische Schulgesetz, nach welchem die Geistlichkeit ermächtigt ist, die Schulzeit für Kinder, deren Eltern der Geistlichkeit nicht genehm sind, auf 2 Jahre zu verlängern, dahin abändert werde, daß der Geistlichkeit jeglicher Einspruch bezüglich der Verlängerung der Schulzeit genommen werde, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag Schleswig, betreffend die Regelung der Verwaltung einzelner Distrikte, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Auf eine Anfrage aus Lägerdorf giebt Lienau-Neumünster Aufklärung über die Referentenkommission zu Neumünster, desgleichen Roenen-Hamburg, der wünscht, daß in der Provinz eine Centralstelle für das Referentenwesen geschaffen werde und beantragt,

Einige Wochen hindurch mußte Kurzberger das Bett hüten, die Abspannung war zu groß gewesen. „Schonung und Ruhe“, das war die Parole des Hausarztes. Langsam erholte er sich wieder. Während dieser Zeit war Paul sein Stellvertreter, er hatte ihm die Vollmacht gegeben, Alles an seiner Statt zu verwalten und zu leiten. Dieser Beweis des völligen Vertrauens weckte auch die Scharte aus, welche Pauls Ansehen durch seine Verhaftung erlitten hatte. Tagtäglich erstattete Paul seinem Prinzipal Bericht über wichtige Geschäftsangelegenheiten, besprach sich auch mit ihm, holte seinen Rath ein und empfing seine Befehle — von der Vergangenheit wurde nicht mehr geredet, sie schien zwischen ihnen begraben zu sein.

Der Verkehr zwischen Paul und Anita bewegte sich in dem gewohnten Geleise, in Gegenwart Anderer verriethten sie nichts von dem Bunde ihrer Herzen. Fragend ruhte bisweilen des Vaters Auge auf ihnen, wenn sie ihm im Krankenzimmer Gesellschaft leisteten. Ob er eine Mittheilung erwartete?

„Später will ich mit Deinem Vater reden,“ sagte Paul leise, „wenn er erst völlig wieder hergestellt ist. Er möchte sich aufregen, und könnte einen Rückfall bekommen.“ (Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Bei der Redaktion sind eingegangen: „Aus der Welt des Sozialismus“. Von Karl Zimmermann. Druck und Verlag der Mannheimer Altendruckerei. Preis 1 Mark. 165 Seiten.

Die allgemeine Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Beseitigung. Von E. D. Schmidt. 3 Bg. 8° in elegantem Umschlag. Preis 20 Pf. Verlag des „Vorwärts“.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, F. S. W. Dieß Verlag.) Heft 17, S. 13. — Aus dem Inhalt haben wir hervor: Kometenbahnen. — Der dritte Band des „Kapital“ von E. v. Bernheim. — Der gesetzliche Schutz für die bangewerblichen Arbeiter von einem Bauarbeiter. — Das schweizerische Arbeitersekretariat von D. Lang.

„Der Sozialdemokrat“. Zentralwochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nr. 4.

„Gleichheit“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. (Stuttgart, F. S. W. Dieß Verlag. Nr. 2. Jahrgang 5.

daß die Referenten aus der Provinz einmal zusammenberufen würden.

Der Antrag Roenen wird nach kurzer Debatte angenommen.

Als Tagungsort für den nächsten Provinzialparteitag wird Elmshorn bestimmt. Als Sitz der Agitationskommission wird wiederum Neumünster gewählt. Die Pressekommision soll auch ferner in verschiedenen Orten ihren Sitz haben. Dieselbe wird in den bisherigen Orten belassen. Die Wahl beider Kommissionen soll den Genossen vorbehalten bleiben.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden Blume-Hamburg wird der Parteitag nach einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie und nach Absingen der ersten Strophe der Arbeitermarschallaise um 11³/₄ Uhr geschlossen.

Soziales und Partei-Leben.

„Wo es mir wohlgeht, da ist mein Vaterland!“ Niemand huldigt mehr diesem Grundsatz, als der Kapitalist, obwohl er stets und überall die Sozialdemokraten als „vaterlandsloses Gesindel“ beschimpft. Ein neues Beispiel giebt folgende Meldung aus den Vereinigten Staaten: Sieben Compagnien in Neu-England haben beschlossen, Baumwollfabriken in den südlichen Staaten zu errichten, da dort das Material und die Arbeiter billiger, die Arbeitsstunden länger, die Geseze günstiger und die Steuern geringer sind, auch das Klima milder ist. Drei Gesellschaften in Lowell (Massachusetts) haben zu diesem Zwecke ihr Kapital vergrößert, und zwei Compagnien in Nashua (New-Hampshire), sind bei der Legislatur um die Erlaubniß eingekommen, ihr Kapital zu erhöhen und ihre Fabriken in anderen Staaten errichten zu dürfen. — Daß das „Klima milder“ ist, kann als eine hübsche Ergänzung zu der „billigeren Arbeit“ betrachtet werden; die billigen Arbeiter brauchen dann weniger oder gar keine Kleidung. Und dann die „günstigeren Geseze“! Kann ein Paradies für die — Ausbeuter werden!

Märzberg. Vergangene Woche ist in der Schuhwarenfabrik von Strunz u. Ehfriedt ein Strike ausgebrochen. 30 Mann striken; nur ein Bruchtheil der Arbeiter arbeitet weiter. Die Firma wert sich, alle verheiratheten Arbeiter wieder einzustellen, will jedoch die noch vakanten Stellen nach eigener Wahl aus den Reihen der Ausständigen besetzen. Eine öffentliche Versammlung beschloß, über die Erzeugnisse der Firma, die hier und in einigen Nachbarorten ihren Hauptabsatz hat, den Boykott zu verhängen. Etwaige Ausgleichsverhandlungen mit der Firma sollen für die Strikenden durch das Arbeitersekretariat geführt werden.

Eine Arbeitslosenstatistik wollten unsere Parteigenossen in Liegnitz aufnehmen. Am letzten Sonntag sollte damit begonnen werden, die wohlwollende Polizei hatte es jedoch anders gewollt, sie beschlagnahmte am Sonnabend die für diesen Zweck angefertigten Fragebogen. Es wird wahrhaftig immer schöner, bemerkt hierzu der Correspondent der Breslauer „Volksmacht“, künftig wird man seinen leiblichen Bruder nicht mehr fragen dürfen, ob er morgen noch satt zu essen hat, wenn man nicht erst von der Polizei die Erlaubniß dazu hat.

Nagel. 280 Weber der Tuchfabrik J. u. M. Meyer sind wegen Lohnunterschieden ausständig. Der Fabrikbetrieb ist eingestellt.

Aken. Zweihundert Schiffsfahrtsbetriebe der Elbe beschließen eine Resolution für den Eintritt in das Elbschiffsahrtskartell.

Das Glend auf der Landstraße. Auf der Naturalverpflegungsstation zu Freiburg i. Schl. wurden im vorigen Jahre 4437 Wanderer verpflegt und zwar 734 mit Mittagbrot, 3703 mit Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück. — So zu lesen in bürgerlichen Blättern, welche die Vortrefflichkeit unserer heutigen Gesellschaftsordnung bei jeder Gelegenheit in den begeistertsten Tönen preisen. 4437 Menschen, welche durch die äußerste bitterste Noth gezwungen wurden, die „Wohlthätigkeit“ der heutigen Gesellschaft in Anspruch zu nehmen, d. h. für ein paar Kartoffeln und eine Streu als Nachtlager stundenlang ungewohnte Arbeit, wie Steinklopfen zc. verrichten müssen.

Aus Nah und Fern.

Potsdam. Der Weinhändler Dahlenburg, „angesehener“ Bürger und „Respektsperson,“ wurde wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem 13jährigen Mädchen, verhaftet.

Dresden. Versuchter Landesverrath. Der zuletzt in Leipzig dienende Zahlmeisterspizant Hemprich floh zu Anfang vorigen Jahres nach der Schweiz und Frankreich, um der Strafe für begangene Unterschlagungen zu entgehen. Von letztgenanntem Lande aus richtete er Briefe an bekannte Militärpersonen und forderte sie zum Verrath militärischer Geheimnisse auf, ihnen hohe Vergütungen zusichernd. Hemprich kam wieder nach Deutschland, wurde verhaftet und von dem Militärgerichte zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Ein Zahlmeisterspizant in Bittau verheimlichte eifliche von dem Verräther erhaltene Briefe, wurde degradirt und erhielt 9 Monate Gefängniß.

Abelige Geirathsvermittler. Ein westpreussisches Blatt bringt folgendes Injerat: „Abliches Ehepaar, Gutsherrsfamilie, vermittelt (behördlich genehmigt) Matragen. Meld. werden briefl. zc. zc.“ — Das wäre ja ein neuer Erwerbszweig für unsere „nothleidenden“ Landwirthe!